

Germany-Munich: Processed food products

OJ S 152/2023 09/08/2023

Contract notice

Supplies

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Regierung von Oberbayern - Zentrale Vergabestelle

Postal address: Maximilianstr. 39

Town: München

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Postal code: 80538

Country: Germany

Contact person: Schmitt, Lukas

E-mail: zentrale.vergabestelle@reg-ob.bayern.de

Telephone: +49 8921760

Fax: +49 892176404100

Internet address(es):

Main address: <https://www.auftraege.bayern.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe.bayern.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/84025fc8-cf00-44ae-8b50-8b7cac44d9b3>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.evergabe.bayern.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/84025fc8-cf00-44ae-8b50-8b7cac44d9b3>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Economic and financial affairs

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Verpflegungsleistungen für das Behördenzentrum ANKER-Schwaben

Reference number: 0270.ZV-18-23-11

II.1.2. Main CPV code

15894000 Processed food products

II.1.3.

Type of contract

Supplies

II.1.4. Short description

Die Regierung von Schwaben betreibt Schwaben betreibt seit dem 01.12.2019 das Behördenzentrum ANKER-Schwaben in der Aindlinger Str. 16, 86167 Augsburg. Das Behördenzentrum umfasst eine Kapazität von 176 Notbetten für eine Kurzzeitunterbringung von Asylbegehrenden. Gegenstand die Ausschreibung sind Verpflegungsleistungen für die Bewohner in der Einrichtung.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 0,01 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

15894000 Processed food products

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE271 Augsburg, Kreisfreie Stadt

II.2.4. Description of the procurement

Die Regierung von Schwaben betreibt Schwaben betreibt seit dem 01.12.2019 das Behördenzentrum ANKER-Schwaben in der Aindlinger Str. 16, 86167 Augsburg. Das Behördenzentrum umfasst eine Kapazität von 176 Notbetten für eine Kurzzeitunterbringung von Asylbegehrenden. Gegenstand die Ausschreibung sind Verpflegungsleistungen für die Bewohner in der Einrichtung.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Konzept und Zertifikate / Weighting: 50

Price - Weighting: 50

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 0,01 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/12/2023 End: 30/11/2024

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Der Vertrag verlängert sich um jeweils weitere 12 Monate, wenn er nicht mit einer Frist von drei Monaten vor Ablauf der jeweiligen Laufzeit vom Auftraggeber in Schriftform gekündigt wird. Das Vertragsverhältnis endet spätestens, ohne dass es einer Kündigung bedarf, zum 30.11.2026 um 24:00 Uhr.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13.

Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Die weitergehenden Details bezogen auf die Prüfung und Wertung der Angebote lassen sich insbesondere der Anlage "Formblatt Wertungskriterien Einfache Richtwertmethode Preis_Leistung." entnehmen; dies gilt gleichsam für die jeweiligen Anforderungen an die konzeptionellen Ausgestaltungen bzw. deren Bewertung. Die jeweiligen Mindestanforderungen an die konzeptionellen Darstellungen sind besonders zu beachten. Insbesondere gilt, dass nur Angebote gewertet werden, die bei den absoluten Punkten der Kriterien „Konzept: Auftragsbezogene Qualitätssicherung“ und Zertifizierungen mindestens 125 Leistungspunkte erreicht haben (Ausschlussgrund bei Nichterfüllung).

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

(Formblatt L 124, Seite 3, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung!) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

Eintragung in das Berufsregister am Sitz oder Wohnsitz:

(Abgabe folgender Eigenerklärung, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) "Ich bin/Wir sind in einem Berufs-/
Handelsregister eingetragen." ODER "Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in ein Berufs-/Handelsregister verpflichtet, kann/können aber auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachweisen."

(Nachweis, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) Ein(e) Gewerbeanmeldung, Berufs-/Handelsregistrauszug,
Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer oder ein anderweitiger sonstiger
Nachweis ist auf gesondertes Verlangen der Zentralen Vergabestelle vorzulegen.

(Nachweis (Nur soweit erforderlich!), Im Falle der Erforderlichkeit: Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:)
Nachweis einer Zulassung nach der VO(EG) Nr. 853/2004. Details siehe in den Vergabeunterlagen, Dokument
"05_LB_Anlage 3_Hinweise+Lebensmittelhygienerecht"!

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

(Formblatt L 124, Seite 4, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung!) Nachweis eines bestimmten

Mindestjahresumsatzes

(Abgabe folgender Eigenerklärung, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) Mindestjahresumsatz in dem

Tätigkeitsbereich des Auftrages i. H. v. 2.500.000 Euro (netto) jeweils für die Jahre 2020, 2021 und 2022.

(Nachweis, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) Eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/

Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und

Verlustrechnungen ist auf gesondertes Verlangen der Zentralen Vergabestelle vorzulegen.

(Formblatt L 124, Seite 5, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung!) Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in bestimmter geeigneter Höhe

Abgabe folgender Eigenerklärung, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) "Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir im

Auftragsfall eine Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung für

- Personenschäden in Höhe von mindestens 2,5 Mio. Euro pro Jahr (2-fach maximiert),

- Sachschäden in Höhe von mindestens 2,5 Mio. Euro pro Jahr (2-fach maximiert),

spätestens zum Leistungsbeginn abschließen und während der gesamten Laufzeit des Vertrags inkl. des

Gewährleistungszeitraums vorhalten werde(n)."

(Nachweis, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) Eine entsprechende schriftliche Zusicherung der

Versicherungsgesellschaft (, dass eine Versicherung in gefordertem Umfang und Höhe abgeschlossen werden

kann,) oder einen entsprechenden Versicherungsnachweis (, sofern eine Versicherung in gefordertem Umfang

und Höhe bereits besteht,) ist auf gesondertes Verlangen der Zentralen Vergabestelle vorzulegen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(s. o.)

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

(Formblatt L 124, Seite 6, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung!) Vorlage von mindestens drei (3) geeigneten

Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen der in den letzten höchstens fünf Jahren

(maßgeblich ist das Datum der letzten Leistungserbringung - gerechnet bis zum Ende der Angebotsfrist)

erbrachten wesentlichen Leistungen:

-Die Catering-/Verpflegungsleistungen wurden innerhalb des Referenzzeitraums mit einer Laufzeit von mindestens 12 Monaten erbracht

-Referenz umfasst Catering-/Verpflegungsleistung für eine Erstaufnahmeeinrichtung, eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber, ein ANKER-Zentrums, ein

Behördenankunftscentrums oder einer vergleichbaren Einrichtung zur Unterbringung von Personen mit mind. 150 untergebrachten Personen). Ansonsten kann die Eignung nicht angenommen werden

-Referenz umfasst Vollverpflegung (Frühstück, Mittag- und Abendessen mit Getränken) an 365 Tagen/Jahr und 24 h/Tag

-Referenz umfasst Catering-/Verpflegungsdienstleistungen unter Beachtung religiöser Speisevorschriften (insb. Halal)

(Ausschlussgrund bei Nichterfüllung).

Die Zentrale Vergabestelle behält sich vor, die angegebenen Referenzen zu verifizieren.

Angaben, die einer

Nachprüfung nicht standhalten, können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Hinweis: Pro Referenz bitte eine eigene Anlage den Angebotsunterlagen beifügen! Es können auch mehr

als die o. g. Anzahl an Referenzen angegeben werden, diese sind dann ebenfalls auf gesonderter Anlage einzureichen.

(Abgabe folgender Eigenerklärung, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) Pro Referenz ist auf max. 2 Seiten

DIN-A4 anzugeben:

Bezeichnung

- der Leistung,

- des Auftragswerts (netto),

- des Liefer- bzw. Erbringungszeitpunktes und

- des Auftraggebers (bitte vollständige Kontaktdaten)

-Die Catering-/Verpflegungsleistungen wurden innerhalb des Referenzzeitraums mit einer Laufzeit von mindestens 12 Monaten erbracht

-Referenz umfasst Catering-/Verpflegungsleistung für eine Erstaufnahmeeinrichtung, eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber, ein ANKER-Zentrum, ein

Behördenankunftscentrum oder einer vergleichbaren Einrichtung zur Unterbringung von Personen mit mind. 150 untergebrachten Personen)

-Referenz umfasst Vollverpflegung (Frühstück, Mittag- und Abendessen mit Getränken) an 365 Tagen/Jahr

-Referenz umfasst Catering-/Verpflegungsdienstleistungen unter Beachtung religiöser Speisevorschriften (insb. Halal)

(Nachweis, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:)

- Zertifiziertes Qualitätssicherungssystem: Unternehmen ist mindestens nach DIN EN ISO 9001:2015 oder

vergleichbar zertifiziert.

Als vergleichbar anerkannt werden im Hinblick auf den Nachweis zur Qualitätssicherung die Zertifikate IFS, BRC und DIN EN ISO 22000

Die Bescheinigung über das bestehende Qualitätssicherungssystem bzw. die Lebensmittelsicherheit muss von

einer unabhängigen und akkreditierten europäischen Stelle ausgestellt worden und bis zum Zeitpunkt „Ende der

Angebotsfrist“ gültig sein. Gleichwertige Zertifizierungen sind zugelassen, wenn der Bieter die Gleichwertigkeit

nachweist.

Der Bieter hat im Formblatt L 235 Verzeichnis der Leistungen Unterauftragnehmer anderer Unternehmen anzugeben, welche Teile des Auftrags er unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt.
Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
(s. o.)

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 06/09/2023 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 20/10/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 06/09/2023 Local time: 10:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Formblatt L 124, I. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, Seiten 1 bis 2:

(Abgabe folgender Eigenerklärung, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) Angabe über Ausschlussgründe
gemäß § 42 VgV in Verbindung mit § 123 und § 124 GWB

"Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß den §§ 123 und

124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen, die meine/unsere Zuverlässigkeit in Frage stellen. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind."

Falls Sie die vorstehenden Erklärungen nur eingeschränkt abgeben können, ist auf einer eigens zu erstellenden, gesonderten Anlage darzulegen, welche Ausschlussgründe betroffen sind und welche Maßnahmen zur Selbstreinigung im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 1 und § 123 Abs. 4 Satz 2 GWB ergriffen wurden. Diese Anlage ist, falls zutreffend, mit den Angebotsunterlagen vorzulegen.

Angabe zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

(Abgabe folgender Eigenerklärung, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) "Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe(n)."

(Nachweise, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) Eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der gesetzlichen Sozialversicherung(en) (SOWEIT (!) Ihr Betrieb beitragspflichtig ist. Nicht älter als 6 Monate. Maßgebend ist der letzte Tag der Angebotsfrist!) sowie eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts (SOWEIT (!) Ihr Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt) ist (Nicht älter als 6 Monate. Maßgebend ist der letzte Tag der Angebotsfrist!) auf gesondertes Verlangen der Zentralen Vergabestelle vorzulegen. Soweit eine Vorlage der o. g. Unbedenklichkeitsbescheinigungen aus den o. g. Gründen nicht möglich ist, ist dies im Angebot, z. B. in einer eigenen Anlage, zu erklären.

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

(Abgabe folgender Eigenerklärung, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) "Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft."

(Nachweis, Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) "Eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich/uns zuständigen Versicherungsträgers (Nicht älter als 6 Monate.

Maßgebend ist der letzte Tag der Angebotsfrist!) ist auf gesondertes Verlangen der Zentralen Vergabestelle vorlegen." Soweit eine Vorlage der Unbedenklichkeitsbescheinigung nicht möglich ist (Z. B.: Mitgliedschaft ist nicht verpflichtend), ist dies im Angebot, z. B. in einer eigenen Anlage, zu begründen.

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

(Abgabe folgender Eigenerklärung, Nachweis Ausschlussgrund bei Nichterfüllung:) "Ich/wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich/mein Unternehmen nicht in Liquidation befindet." ODER "Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde(n) ich/wir ihn [Mit den Angebotsunterlagen] vorlegen."

Ab einer Auftragssumme von 30.000,00 Euro wird der (öffentliche) Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a der Gewerbeordnung (GewO) beim Bundesamt für Justiz sowie ggfs. einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 6 des Wettbewerbsregistergesetzes (WRegG) beim Bundeskartellamt anfordern

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern
Postal address: Maximilianstr. 39
Town: München
Postal code: 80539
Country: Germany
E-mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telephone: +49 8921762411
Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:
Der Antrag ist zulässig solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach § 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei der Versendung der Information per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten

Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gerügt hat.

Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

VI.5. Date of dispatch of this notice

04/08/2023